

# Was die SPD jetzt toleriert . . . !

## Seydewitz gesteht die Verbrechen der SPD ein und — unterstützt sie

Unter der Überschrift: „Was die SPD jetzt toleriert“, schreibt der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Max Seydewitz in der letzten Nummer des „linkssozialdemokratischen „Klassenkampf“:

„Daher sagen wir mit aller Deutlichkeit, daß nach dem Beschluß der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion (1) vom 18. Juni die neue Notverordnung unnerändert (!) in Kraft gesetzt werden muß, mit dem Vorbehalt der Arbeiter in öffentlichen Betrieben, mit dem allgemeinen Abbau der Arbeitslosenunterstützung, bei dem, wie der Formärts in einem Artikel am 24. Juni mittelte, nicht nur 400, sondern 600 Millionen Mark auf Kosten der hungernden Arbeitslosen gesparrt werden, mit dem weiteren einschneidenden Leistungsabbau in der Arbeitslosenversicherung, mit dem Hinusswurf der Jugendlichen unter 21 Jahren aus der Versicherung, mit dem Abbau der Leistungen der Kriegspfleger, mit dem Zwang zum Leistungsabbau bei der Knappschaftsversicherung, mit dem Zwang auf die Gemeinden, die sozialen Leistungen weiter zu verfürzen, mit der ungerechten, unsozial verteilten Kriegsteuer, mit all den anderen schänden Bestimmungen, über die in den letzten Wochen in der sozialdemokratischen Presse genug zu lesen war.“

Seydewitz „verneint“ nur, diesem Eingeständnis der Verbrechen der SPD hinzuzufügen, daß er und die anderen „linken“ Führer bei diesen Verbrechen der Welt, Frey und Co. Schmiere sehen, daß die Seydewitz und Kleinheide durch Mandat der SPD-Arbeiter bei der SPD zu halten versuchen. Macht Schluss mit der Partei der Tolerierungs-Verbrechen!

# Die Partei, die neue Proletariergräber schaufelt

## Die Volkszeitung möchte die Verbrechen der SPD von 1914 bis heute vertuschen

Die Volkszeitung, verweigert über den Niedergang der vorkriegssozialistischen SPD, und in der Absicht, von der Notverordnung abzulassen, vertritt es jetzt mit der gemeinen Hege gegen die SPD. In der Sonnabendnummer erschien ein Artikel dieses Parteifreunde, einen Artikel gegen die SPD, die Partei Lenins und Plechanows, zu überschreiben: „Weltkrieg verfallig? Nationalsozialistische Schlußlicht nach neuen Proletariergräbern!“

Auf dumme Wunden der Volkszeitung, wie die „Weltbühne“, die das SPD-Mandat zitiert, als Freund der Kommunisten zu bezeichnen, lohnt es sich nicht einzugehen. Jeder weiß, daß die „Weltbühne“ ein linksbürgerliches Organ ist, deren Vizepräsident in der kommunistischen „Einheitsfront“ dauernd im Kampf steht. Was die bürgerliche „Weltbühne“ über die Stellung der SPD zum Krieg schreibt, ist übrigens genau das Gegenteil, was die bürgerliche SPD-Volkszeitung schreibt, ist dieselbe kleinbürgerlich-sozialistische Vermittlung. Nur daß die Volkszeitung es wagt im Interesse der deutschen Kapitalisten und Kriegszwecke zu tun.

Wenn aber die Volkszeitung von „Schlußlicht nach Proletariergräbern“ schreibt, so fragen wir: Wer hat diese Schlußlicht? Wer arbeitet in dieser Richtung?

Wer war es, der 1914/18 mit allen Kräften half, die Arbeiter auf die Schlachtfelder zu Ehren der kapitalistischen Profite zu treiben? Die SPD, die Partei der Kriegspartei und der Durchhaltepolitik, die Partei der Edel, Grösch und Co.!

Wer hat die Proletariergräber auch 1918 in Berlin, München, in allen Städten Deutschlands geschaukelt? Wer deckte zum Nord an Weibrecht und Duesenberg? Die SPD, die Partei der Rote, Wels, Edel und Grösch!

(also wie die Reichsbank es eben beschlossen zu haben scheint) eine Drückung der Geld- und Kreditausgabe der Reichsbank um etwa 1,5 Milliarden bedeuten würde.

Was jetzt heftige und gemaltene Kontraktion für die Wirtschaft bedeuten würde, bedarf keiner Erläuterung. Es würde mit einer ungeheuer tiefgreifenden Einkrümmung des Absatzes, mit einer Welle von Zusammenbrüchen und einem enormen Rückgang des Arbeitslosigkeits gleichbedeutend sein.“

Die Reichsbank befindet sich in der Zwangslage. Behält sie die Golddeckung von 40 Prozent bei und droht sie die Kredit, dann bedeutet das auch schärfste weitere Zurückhaltung der Wirtschaft. Sekt sie die Golddeckung des Notenumlaufes herab, so wird das wohl eine stärkere Kapitalflucht, eine Panik und auf diese Weise eine Verhäufung der ... hervorzurufen. Und was die mögliche Hilfe der Reparationsbank, bzw. der in ihr vereinigten ausländischen Notenbanken betrifft, so ist es ein kindlicher Gedanke, anzunehmen, daß dieselben ausländischen Notenbankstellen, die ihre Gelder „überheißelt“ aus Deutschland abziehen, sie zur anderen Tür wieder hereinlassen werden. So etwas mag man noch Erwägung wirtschaftlicher und politischer Zusammenhänge solange, als die Sache noch nicht ganz dringlich ist. Wird es aber Ernst, steht der Weltmarkt des deutschen Kapitalismus unmittelbar in Frage, so wird die internationale kapitalistische Solidarität an die Schranken der Angst um die heiligsten Güter der jeweiligen Nation klagen.

Und selbst, solange noch die Möglichkeit vorhanden ist, gegenwärtige Auslandsgelder bereinzubekommen, wird es nur um den Preis von wirtschaftlichen und politischen Zusammenhängen an die Geldgeber, um den Preis des Verzichts auf Verstärkung der deutschen Reparationen auf den Weltmärkten — d. h. des Verzichts auf die einzige Aussicht zur kapitalistischen Krisenüberwindung — möglich sein. Und dies ist ja der innere Kern des ganzen Hoover-Planes, wie man schon an der kleinen Notprobe der Einstellung der deutschen Reparationslieferungen erkennen kann.

### Eine neue Inflation?

Helit dies, daß wir einer neuen Inflation in Deutschland entgegengehen. Gemäß die Möglichkeit ist durchaus gegeben. Sie wird verhärtet durch die Nachwirkungen von 1918, durch die Tatsache, daß relativ geringe Schwankungen des Marktpreises genügen müßten, um eine unaußhaltbare Panik und damit die volle Katastrophe hervorzurufen — was allerdings auf der anderen Seite ein Grund mehr für die Bourgeoisie ist, mit diesem heißen Eisen nicht zu spielen. Sie wird verhärtet durch die Tatsache, daß der ganze Hoover-Komplex die Kapitalflucht nur sehr mäßig bezwingen, nicht aber zum Stehen bringen konnte.

Über entscheidend ist die Frage der Inflation gar nicht! Was die deutsche Bourgeoisie die tatsächliche Mandatorienfähigkeit haben, zwischen den verschiedenen möglichen Formen der Wirtschaftspolitik zu wählen — vermeiden kann sie sie nicht. Der deutsche Kapitalismus arbeitet mit geborstem Betriebskapital; wenn von den 6 bis 7 Milliarden kurzfristiger Kredite, die noch vorhanden sein müssen, ein nennenswerter Teil abgezogen wird, mag man überlegen, ob man diesen Teil durch Kapitalstock erzielen will oder nicht. Tut man es, so ist die Inflation eben da — tut man es nicht, so wird die kapitalistische Wirtschaft aus Kapitalmangel zum Stehen kommen.

In der Tat ist das die einzige Wahl, die bei einem Wiederanstieg der Kapitalflucht bleibt: Man die Mittel, die man diesmal angeworben (Zinsfußsenkung und Einrückung der Treibstoffkonten um 2 Prozent) und erzwungen (allgemeine Herabsetzung aller Zinsbanken und damit indirekt der Industrie gewährteten Kredite) hat, kommen auf nichts anderes als auf eine ungeheure Verhäufung der wirtschaftlichen Kette hinaus.

Und dabei kann keine Rede davon sein, daß mit diesen Mitteln etwas, wie jene Tropfen auf dem heißen Stein, die wir erwählten neuen Auslandskapital bereingelockt würde:

der deutsche Zinssatz war schon vor der Diskonterhöhung von 5 auf 7 Prozent höher als der aller anderen kapitalistischen Länder, aber wenn er 10 Prozent betrüge, wird auch kein fremdes Kapital hereinkommen.

solange die ausländischen Kapitalisten daran zweifeln, ob ihr Geld in Deutschland sicher ist, ob die kapitalistische Ausbeutungsmaschine auch weiter funktionieren wird.

### So rührt sich in den Betrieben

In den 14 Tagen dieser Krise, die die Ausbeuterherrschaft überhand zu „heil“ überhand hat, hat sich unten in den Massen mancherlei geändert. Nicht nur, daß Verarmungsprozesse der hungernden Erwerbslosen zum alltäglichen Erlebnis werden —, die Betriebe, die solange still waren, begannen sich zu regen. Man diskutiert es und dort werden Unternehmern die bereits zurückgewandten und man erinnert einander an Cuxa, den der politische Willkür zum Vortreten veranlaßt.

Sie können Drosseln verschleppen, aber nicht die Fabriken, die wir erobert werden.

Vor der Verflechtung der Katastrophe der kapitalistischen Wirtschaft will uns die Sozialdemokratie lange machen, mit diesen Schreiepseln will sie die Proleten einschüchtern, damit sie die schon fast überhand Ausbeutung als gebührende Löhner über sich ergehen lassen. Wo sind die Prophezeiungen, monach „das Schlimmste überstanden“ ist? Das Konjunkturkrisis, das uns im Februar diesen Rückgang zum Vorschein brachte, nicht heute ammanenden zu, daß für das nächste Jahr mit seinerlei Maßstab zu rechnen ist, und daß die Erwerbslosenzahl im Winter 5 bis 6 Millionen erreichen wird. Und die Hoover-Maßnahmen spielen — keine Fortdauer der Kapitalflucht —, ehe der Hooverplan auch nur in Kraft trat.

Und der Sozialdemokrat rät dem Proletariat, dieses Elend zu dulden, am Schlimmsten zu verhindern, sich mit 5 Millionen, mit Bettelplennigen aber gar nicht unterstützten Arbeitslosen und einem neuen Vordrängen zufrieden zu geben, damit wir nicht 7 oder 8 Millionen Arbeitsloser und den Sanftrot der Kommunen erleben.

Vor den wirklichen Entscheidungen, die sich nicht in den Geheimkabinetts der von der Diktatur nach Hause geschickten Parlaments und auch nicht in der Villa des Herrn Bageleer, sondern bei Siemens, bei der AEG, bei Thyssen und Krupp, bei Schell & Naumann, Meurer, H. Reich, Linde und auf den Stempelsteinen vorbereiten — vor diesen Entscheidungen zittert die herrschende Klasse.

Wenn die herrschende Klasse den Klassen nicht einmal ihre bisherige Klassenkritik erlassen können — die Klassen des Kapitals wollen leben, und werden leben. Dieses Land ist reich genug, um allen denen, die schaffen, ein menschenwürdiges Leben zu sichern. Es hat alles, was notwendig ist, um uns und unseren rühmlichen Brüdern zu helfen, ein selbst heute, im Zeichen des fünfjährigen Planes, ungeahntes Tempo des sozialistischen Aufbaues einzuschlagen und sie haben alles, was uns an Rohstoffen und Lebensmitteln liefern mag. Dieses Land, unter Deutschland, kann Holz und Kohlen und Tinte und Gase erzeugen, wenn sie notwendig sind, um unsere Freiheit gegen die kapitalistischen Räuber, die uns kein Brot geben können, zu verteidigen.

Die Ausbeuter können nicht leben ohne uns — wir aber können sehr wohl und besser denn je leben ohne sie. Mühen sie die Fabriken hohlen lassen — wir werden sie in Gang bringen. Und damit wir das können, werden wir, die Millionen der Ausbeuteten und Unterdrückten, alles überwinden, was zwischen uns und den von uns geschaffenen Werten steht — wir werden uns unter Wasser tauchen!

# SPD-Orzesinski verbietet rote Regatta

## Spontane Protestdemonstrationen

Berlin, 6. Juli. (Eig. Meldung.) Der sozialdemokratische Parteipräsident Orzesinski hat am Sonnabendabend die für Sonntag angelegte, jedes Jahr wiederkehrende Regatta der roten Wasserpartei verboten. Dieses reaktionäre Verbot übertreibt alle anlässlich der Spartiatade gemachten übrigen Verbote, die die Wasserpartei jedes Jahr um dieselbe Zeit ihre Regatta durchführt. Das Verbot erfolgte so spät, daß es in der Presse nicht mehr bekannt gegeben werden konnte. Infolgedessen hatten sich riesige Mengen von Wasserparteilern eingestellt. Auch ein Massenbesuch von Arbeitern war zu verzeichnen. Die Sparteileitung der roten Wasserpartei verhandelte mit der Wasserpolizei, um wenigstens einen Aufmarsch der roten Wasserparteilern zu erlauben. Auch dies wurde verboten. Jedoch sammelten sich spontan am Sonntag eine ganze Anzahl Wasserparteilern zur Auffahrt an. Es waren viele Hunderte von Bojen erschienen, darunter die Teilnehmer, die aber vollkommen machtlos waren. Von den Bojen wurden Protestrufe gegen das Spartiatadeverbot und gegen die Notverordnung laut, die bei den vielen Zuschauern begeisterte Zustimmung fanden. In einem Lautsprecher sprach dann Vertreter der roten Wasserpartei gegen das reaktionäre Verbot und gegen das Verbot der Spartiatade. Der gestrige Tag hat bemerkt, daß trotz aller Verbote der rote Arbeiterpartei marschiert.

# Raziüberfall in Grimmitzschau

## Der homosexuelle Rahn, Führer ins 3. Reich!

Grimmitzschau, 4. Juli. Heute gegen 3 Uhr wurden heimkehrende Rot-Sport-Genossen von Razi überfallen. Zwei Genossen wurden dabei schwer verwundet. An ihrem Woffmann wird gemeldet. Der berüchtigte SS-Mann Lutz gab acht Schüsse aus einem verletzten Dausler ab. Er und ein anderer SS-Mann wurden verhaftet.

Der Razi-„Freiheitskampf“ bei der Freiheit, die in Fahren wegen der Zusammenhänge in Kleindahja angelegten Arbeiter als „Untermenschen“ zu behaupten. Wie es mit den Razi-„Uebermenschen“ steht, haben wir vor einigen Tagen in im Falle Rahn erfahren. Rahn, der Einbohrer Hitters, wurde jetzt wegen homosexuellen Verkehrs angeklagt. Im Zusammenhang damit werden noch andere Tatsachen in Grimmitzschau, die ein haarsträubendes Bild homosexueller Schweinereien unter den Razi-„Uebermenschen“ ergeben.

# Gegen den Justizmord an den acht Negern

Die Dresden Arbeiter-Elementen (Dra), die am 2. Juli im Volkshaus verammelt, beschlossen: Wir erheben den schärfsten Protest gegen die beschlossene Hinrichtung von acht jungen Arbeiterregern für den 10. Juli 1931 in Amerika!

# Vor dem Streik bei Haubold in Chemnitz

Die Arbeiter der Firma C. G. Haubold (Metall) haben in einer Betriebsversammlung beschlossen, in den Streik zu treten, wenn die Betriebsleitung die Maßregelung eines Vertrauensmannes des DAB nicht sofort zurücknimmt. Es ist die Firma das Streik ablehnt, damit zu rechnen, daß ab Montag die 400 Mann starke Belegschaft streikt.

Manche sozialdemokratischen Arbeiter haben oft die Regelungen von Kommunisten ohne Widerstand angenommen, weil sie glauben, sie müßten in der Krise „Opfer bringen“ um die Kommunisten wären zu „rotieren“. Jetzt leben sie, die Arbeiternehmer auf Grund des Zurückweichens auf der einen Seite nachdrückt. Die Differenzen bei Haubold sind ein Warnungszeichen für alle Betriebsarbeiter. Es ist zu beachten, daß die Haubold-Proleten mit dem Streikbeschluss ganzheitlich sind. Wir warnen aber an dieser Stelle eindringlich vor dem Verbot der Werbandschönge. Die Arbeiter der Haubold müssen dafür sorgen, daß sofort eine Kampfbildung gemacht wird, welche die Beschlässe der Belegschaft reiflich durchführt. Die Betriebsarbeiter ganz Soldaten müssen in Zukunft gleich den Haubold-Proleten verfahren, auf jeden Unternehmervorschlag mit Waffe des Streiks antworten.

# Auch noch keine formale Einigung

## Paris, 6. Juli. (Eig. Meldung.)

Die Zusammenkunft zwischen den amerikanischen und französischen Unterhändlern hat gestern von 21.30 bis 0.45 Uhr gelaufen. Wie man aus der bürgerlichen Presse erfahren kann, hat eine Einigung nicht stattgefunden. Die endgültige Entscheidung soll heute getroffen werden. Eine neue französisch-amerikanische Verständigung wird alle am heutigen Montagabendmittag stattfinden. Hinsichtlich der Rückzahlung der von Deutschland an die Internationale Zahlungsbank abzurufenden ungeschuldeten Kommunisten ist eine Einigung auf einen Zeitraum von 12 Jahren erzielt worden sein, während der Konflikt über die Sachlieferungen noch besteht.

# Hinrichtung des Generalsekretärs der KP Chinas

(Japrefare.) Shanghai, 4. Juli. Am 21. Juni wurde der Generalsekretär der Kommunistischen Partei Chinas, Siangshihua, von den Helfern der Kuomintang hingerichtet. In der Fremdenkolonie von Shanghai fanden Arbeiter und Studenten Demonstrationen gegen die Hinrichtung Siangshihuas statt. Demonstranten vertrieben Flugblätter, in denen sie Arbeiter, Studenten und Soldaten zur Ausschaltung der chinesischen Roten Armee und der Sowjetgebiete aufgefordert wurden. Während der letzten Tage wurden in ganz Shanghai kommunistische Wachen, die zur Hinrichtung Siangshihuas beauftragt wurden, verhaftet.